

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT
NR. 20/1969
2. OKTOBERHEFT

*Oberst (JD) Dr. GÜNTER SARGE, Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichts
und Vorsitzender des Kollegiums für Militärstrafsachen
Oberrichter FRITZ MÜHLBERGER, Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichts*

Die psychologische Kriegführung des Imperialismus und einige Aufgaben unserer Gerichte

Sozialismus, Fortschritt und Frieden oder Imperialismus und gesellschaftlicher Rückschritt — das ist die Alternative aller Klassenauseinandersetzungen der heutigen Zeit. Genosse H o n e c k e r hat auf der 9. Plenartagung des Zentralkomitees der SED festgestellt, daß die Beantwortung der Grundfrage „Wer — wen?“ zugunsten des Sozialismus von der Arbeiterklasse der DDR und ihrer Vorhut, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, verlangt, „wie eh und je in Zusammenhängen zu denken und im Geiste der revolutionären Lehre von Marx, Engels und Lenin zu handeln“¹.

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus verändert. Keine bedeutende weltpolitische Frage kann heute ohne oder gar gegen die sozialistische Staatengemeinschaft entschieden werden. Dieser Tatsache verdankt Europa die längste Friedensperiode unseres Jahrhunderts. Entscheidend für den Einfluß und die Kraft des Sozialismus ist vor allem die politische, ideologische und ökonomische, aber auch die militärische Stärke der sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze. Diese Stärke soll mit imperialistischen und revisionistischen „Empfehlungen“ zu einer „selektiven Koexistenz“, zur „Konvergenz“, zum „Brückenschlag“ und mit ähnlichen demagogischen Lösungen untergraben werden. „Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da unter dem Ansturm des Sozialismus, aller revolutionären Kräfte eine gewaltige soziale Erschütterung der Grundlagen der alten Welt im Gange ist, (wächst) der Widerstand der Bourgeoisie. Sie ist bestrebt, zur Verteidigung ihrer Positionen alle ökonomischen und politischen Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu nutzen. In den kapitalistischen Ländern ist der Antikommunismus zur Staatspolitik erhoben worden. Die Zersetzung der kommunistischen wie auch der gesamten revolutionären Bewegung von innen stellt heute eine der wich-

tigsten Zielsetzungen der Klassenstrategie des Imperialismus dar.“²

In der Erkenntnis, daß eine offene Aggression gegen die sozialistische Staatengemeinschaft nur mit einem Fiasko für den Imperialismus selbst enden kann, wird mit vielfältigen Methoden des Exports der Konterrevolution, u.a. mit der US-amerikanischen „Globalstrategie“³ und der westdeutschen „neuen Ostpolitik“⁴, versucht, das imperialistische „Ziel, Osteuropa und Rußland für Europa zurückzugewinnen“⁵, doch noch zu verwirklichen. Nach den Empfehlungen des Direktors des Forschungsinstituts für „kommunistische Angelegenheiten“ an der New Yorker Columbia-Universität und ehemaligen Mitgliedes des Planungsstabes des USA-Außenministeriums, B r e z e z i n s k i, richtete sich der erste Schlag der imperialistischen Globalstrategie gegen die CSSR. Daß der Imperialismus dabei eine Niederlage erlitt, ist der Entschlossenheit, der Umsicht, der Einheit und der Stärke der sozialistischen Länder zu danken, die in den Augusttagen 1968 dem tschechoslowakischen Brudervolk zu Hilfe eilten.

Die Lehre unserer Zeit besteht darin, daß es niemandem gestattet ist, ein sozialistisches Land ungestraft anzutasten. Das ist möglich, weil in den sozialistischen Ländern die Arbeiterklasse gemeinsam mit ihren Verbündeten die Macht ausübt und diese im Interesse der Erhaltung des Friedens und des sozialen Fortschritts zu nutzen weiß. Die Partei der Arbeiterklasse und unsere Staatsführung haben dieser Frage

2 Breshnew, Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten — für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes, Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Berlin 1969, S. 31.

3 Näheres dazu bei Bollinger/ M a r e t z k i, „Was ist die USA-Globalstrategie? — Eine theoretische Erläuterung“, Deutsche Außenpolitik 1969, Heft 1, S. 21 ff.; Richter, „Der Brückenschlag des USA-Imperialismus nach Osteuropa“, Dokumentation der Zeit 1968, Heft 416, S. 1 ff.

4 Ausführlich dazu u. a. Kröger, „Neue“ Ostpolitik in Bonn?, Berlin 1967.

6 Brzezinski, Alternative zur Teilung — Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik, Köln/(West-)Berlin 1966, S. 170 f.

1 Honecker, „Auf unsere Partei war und wird in allen Situationen immer Verlaß sein“, Neues Deutschland vom 27. Oktober 1968, S. 3.